Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 172 (2006)

Heft: 7-8

Artikel: Balkan als Katalysator des internationalen Krisenmanagements

Autor: Dahinden, Erwin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-70476

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Balkan als Katalysator des internationalen Krisenmanagements

Gedanken und Reflektionen eines Dayton-Inspektors

■ Erwin Dahinden *

Die Kriege und Leiden der Bevölkerung auf dem Balkan haben die internationale Gemeinschaft und die Schweiz in den letzten 15 Jahren mehrfach beschäftigt und auch zu Betroffenen gemacht. Obwohl die nötige historische Distanz noch fehlt, müssen wir uns mit den Erfahrungen vertieft auseinander setzen.

Die Instrumente des internationalen Krisenmanagements des Kalten Krieges, namentlich das klassische «Peacekeeping» der UNO und die Diplomatie von EU, OSZE und UNO waren den Herausforderungen eines Staatenzerfalls entlang ethnisch-religiös-politischer Machtstrukturen nicht gewachsen. Nach 1945 war der Krieg wieder nach Europa zurückgekehrt. Ein sehr hoher Preis an Menschenleben und an materiellem Schaden musste in der Folge bezahlt werden, bis Entschlossenheit und Einsicht einen Waffenstillstand möglich machten. Wer Zusammenhänge und Abhängigkeiten verstehen will, muss sich mit den neuen und alten Kriegen auseinander setzen und mit den Fragen beschäftigen, die über den Waffenstillstand hinausreichen und das friedliche Zusammenleben der Völker befördern.

Das Scheitern der Diplomatie auf dem Westbalkan hat viele Gründe. Die fehlende Kompromissbereitschaft der Vertreter der bestehenden Machtstrukturen liefert nur einen, aus heutiger Sicht relativ unbedeutenden Teil der Erklärung. Die unterschiedliche regionale Interessenlage einzelner europäischer Staaten sowie die Hoffnung, dass andere die «heissen Kohlen» aus dem Feuer nehmen werden, haben das Versagen Europas als Krisenmanager herbeigeführt. Diplomatie ohne Glaubwürdigkeit, d. h. ohne Bereitschaft, vereinbarte Regelungen notfalls mit Waffengewalt durchzusetzen, bleibt zahnlos. Diese politische Ausgangslage wurde von den lokalen Konfliktparteien während Jahren skrupellos ausgenutzt. Trotz ethnischer Säuberungen und Massaker sowie Nichteinhaltens zahlloser Waffenstillstandsvereinbarungen hatten die Warlords scheinbar nichts zu befürchten, weil die Interventionen der UNO sich auf Symptomtherapie, d. h. auf die Linderung der humanitären Auswirkungen des Konflikts begrenzten. Der Fall der UNO-Schutzzonen in Bosnien, gipfelnd im Massaker von Srebrenica steht für das Ende der Illusion, dass allein die Präsenz einer leicht bewaffneten Schutztruppe (23 000 Soldaten der UNPROFOR) dissuasiv wirke! Der Wille der Konfliktparteien, einen dauerhaften Waffenstillstand einzugehen, musste mit militärischer Gewalt und politisch-diplomatischem Druck erzwungen werden.

Die NATO-Luftangriffe vom August und September 1995 mit über 3500 Einsätzen gegen bosnisch-serbische Ziele, vorgetragen im Verbund mit Bodenoperationen der Allied Rapid Reaction Force sowie der gleichzeitig stattfindenden Operation STURM der kroatischen Armee zwangen die serbischen Kräfte zum Einlenken und führten zur allseitigen Unterzeichnung des Dayton-Abkommens. Dayton ist nicht nur ein Waffenstillstand, sondern umfasst die Entflechtung, Kasernierung und weit gehende Abrüstung der Streitkräfte, beinhaltet eine territoriale Regelung entlang der neu geschaffenen «ethnischen Trennungslinien» mit der faktischen Zweiteilung des Staates in eine serbische (Republika Srpska) und eine kroatisch-muslimische Entität (Federacia BiH) und initiiert einen Verfassungsprozess. Die Stationierung der schnellen Eingreiftruppe IFOR (Implementation Force) mit Kompetenzen bis hin zur Friedenserzwingung führte dazu, dass das Abkommen von allen Parteien respektiert wurde. Der Erfolg von Dayton musste jedoch mit Kompromissen erkauft werden, so etwa der Zementierung einer heute als wenig funktional erscheinenden Zweiteilung Bosnien-Herzegowinas.

Der Waffenstillstand und dessen militärische Festigung war jedoch nur ein erster Schritt. Eine Vielzahl von zivilen und militärischen Aktivitäten folgte, um den Waffenstillstand in eine Friedensordnung zu überführen und anschliessend die Funktionsfähigkeit des Staates aufzubauen. Den Rahmen bildete das entschlossene Auftreten der IFOR und in der Folge der SFOR (Stabilization Force) unter der Führung der NATO. Man hatte die Lehren aus dem Scheitern der UNPROFOR gezogen: Robustes Mandat, klare Kommandoregelung, Show of Force und politische Unterstützung des entschlossenen Auftretens. Die gesellschaftliche und politische Befriedung brauchte sowohl die Versöhnung als auch die Aussicht auf eine wirtschaftliche Perspektive. Innovativ erscheint heute die Einrichtung des Jugoslawientribunals, welches letztlich den Weg für die Schaffung des ständigen Internationalen Strafgerichtshofs ebnete. Seither wurden 161 Personen angeklagt, 94 Verfahren sind abgeschlossen, lediglich sechs Festnahmen sind noch ausstehend, darunter allerdings die politischen und militärischen Führer der bosnischen Serben, Radovan Karadzic und Ratko Mladic, als Hauptangeklagte. Das Tribunal hat somit zur Konkretisierung und Durchsetzung des Kriegsvölkerrechts einen wichtigen Beitrag geleistet.

Die Schweiz war mehrfach betroffen von den Kriegen auf dem Balkan und hat versucht, aktiv den politischen Prozess zu unterstützen, humanitär die Not zu lin-

* Erwin Dahinden, Brigadier, Dr. iur., Chef Internationale Beziehungen, Stab Chef der Armee, 3003 Bern.

dern und solidarisch Initiativen der Staatengemeinschaft mit zivilen und militärischen Mitteln mitzutragen. Die Schweiz unterstützte die Bemühungen des Jugoslawientribunals durch materielle Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung. Seit 1999 wirkt Carla del Ponte beim Jugoslawientribunal als Chefanklägerin. Die Schweiz stellte Militärbeobachter für die UNPROFOR und trug die von der UNO verhängten Sanktionen mit. Durch den Einsatz der Gelbmützen nach dem Dayton-Abkommen zur Durchführung der Wahlen und Unterstützung der Umsetzung des Abkommens leistete die Schweiz einen speziellen Beitrag. Die Schweizer Armee engagierte sich in der humanitären Minenräumung, leistete zahlreiche Materiallieferungen und stellte Inspektoren für das Dayton-Abkommen.

Ein umfangreiches Aufbauprogramm internationaler und nationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen versuchte die humanitäre Not zu lindern, Infrastrukturen zu reparieren und örtliche Kapazitäten zu unterstützen. Die NATO musste im Einsatzgebiet nicht nur die Versorgung der eigenen Truppen sicherstellen, sondern den Wiederaufbau durch die zivil-militärische Zusammenarbeit unterstützen. Der in diesem Einsatz erfahrene Koordinations- und Kooperationsbedarf mit zivilen Akteuren hat die Entwicklung eines eigentlichen Konzeptes für CIMIC (Civil Military Cooperation) durch die NATO massgeblich beeinflusst. Der wirtschaftliche Wiederaufbau erhielt im Nachgang zum Kosovokonflikt im so genannten «Stabilitätspakt» einen wirkungsvollen rechtlichen Rahmen, in dem sich die EU und auch die Schweiz politisch und wirtschaftlich für die ganze Region engagieren. Die Notwendigkeit der integralen Vorgehensweise für die nachhaltige Stabilisierung reflektiert auch das von der UNO entwickelte Konzept des «Nation Building». Die PSO-Erfahrungen im Balkan finden Eingang in den so genannten Brahimi-Bericht, der strukturelle und organisatorische Verbesserungen der UNO und robuste Mandate (Kohärenz zwischen Mittel und Auftrag) fordert. Neben dem Aufbau von Strukturen ist die nachhaltige Reform bzw. Transformation des Sicherheitsbereichs gefordert (SSR, Security Sector Reform). Die Demokratisierung der Streitkräfte, die zivile Kontrolle über alle Sicherheitsapparate, der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität gehören zu den vordringlichsten Aufgaben einer Krisennachsorge. So gehört die Einrichtung z. B. effektiver Grenzkontrollen, bürgernaher Polizeikräfte, welche dem Rechtsstaat und nicht einem lokalen Potentaten verpflichtet sind, oder der Aufbau einer funktionierenden Justiz mit fairen Prozessverfahren zu den Kernvoraussetzungen für die Stabilisierung des Staatenbildungsprozesses. Demokratie ist nur dann tragfähig, wenn sie im Rahmen des Rechts allen Bürgern Chancen zur freien Entwicklung in Sicherheit gewährleistet. Mit dem durch die Schweiz gegründeten Genfer Zentrum für demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF; Democratic Control of Armed Forces) hat unser Land in diesen Prozessen im gesamten Westbalkan erhebliche und anerkannte Leistungen erbracht. DCAF berät Regierungen, leistet konkrete Beiträge zu den komplexen staatsbildenden Prozessen und unterstützt und koordiniert sehr erfolgreich Aufbau und Konsolidierung moderner Grenzkontrollorgane im Gesamtraum. Zahlreiche private Initiativen und zivile Hilfsorganisationen waren und sind weiterhin aktiv. Die Schweizer Armee unterstützt zum Beispiel das Peace Support Training Center (PSOTC) in Sarajevo mit der Absicht, dass Offiziere der ehemaligen Kriegsparteien unter einem Dach eine gemeinsame Friedensförderungskompetenz aufbauen und so auch die armeeinterne Zusammenarbeit gefördert wird.

Der Zusammenführungsprozess der ehemaligen Kriegsparteien ist noch lange nicht abgeschlossen, und trotz der insgesamt positiven Bilanz darf die internationale Staatengemeinschaft die Entwicklungen im Westbalkan nicht dem Zufall überlassen. Mit dem Übergang von der NATO-geführten SFOR zur EU-geführten EUFOR (European Force) übernahm nicht nur formell die EU die Führungsverantwortung, sondern wurden auch die militärischen Mittel weiter reduziert. Mit dem Konzept der OTH (Over the Horizon)-Forces stehen für den Krisenfall rasch abrufbare Truppen per Lufttransport einsatzbereit. So genannte LOT (Liason and Observation Teams) bleiben vor Ort präsent, leben mit der Zivilbevölkerung und halten Kontakt zu den lokalen Behörden und zahlreichen internationalen Akteuren und Hilfsorganisationen. Die lückenlose Verfolgung der Lage ist somit gesichert. Die Schweiz stellt gegenwärtig zwei LOT und einen Transporthelikopter SUPER PUMA.

Der Balkan ist nicht nur Katalysator der Weiterentwicklung des internationalen Krisenmanagements, sondern auch der jeweiligen Schweizer Beiträge. Die Nähe des Balkans, die Macht der Bilder und die Betroffenheit mit der Flüchtlingsproblematik hat in der Schweiz die Bereitschaft geschaffen, sich auch mit der Armee verstärkt in der Krisenstabilisierung zu engagieren. Klar erkennbar ist die Notwendigkeit der integralen Ansätze (politisch, wirtschaftlich und militärisch) sowohl in der Krisenprävention als auch für den Wiederaufbau und die Staatenbildung. ■